

zukommen. Nur so kann man realistisch und vernünftig an die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten herangehen.

Auch die gegenwärtige Bonner Regierung hat wie alle ihre Vorgängerinnen die konstruktiven Vorschläge der DDR abgelehnt. So muffte sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf ihrem VII. Parteitag mit der Tatsache beschäftigen, daß auch die von Herrn Kiesinger geführte Regierung die Politik nicht als die Kunst des Möglichen auffaßt. Der Beweis dafür war schon die vor dem westdeutschen Bundestag abgegebene Erklärung des westdeutschen Kanzlers an die Delegierten unseres Parteitages. Statt von den Realitäten in Deutschland auszugehen, vertrat Herr Kiesinger den annexionistischen Anspruch der Bonner Regierung, die Deutschen „von der Maas bis an die Memel“ vertreten zu wollen. Gerade diese Alleinvertretungsanmaßung jedoch kennzeichnet die Bonner Politik als ein zwar aussichtsloses, aber für das friedliche Zusammenleben der Völker äußerst gefährliches Unternehmen.

Die Delegierten des VII. Parteitages der SED sind von den Realitäten ausgegangen: Die Deutschen leben heute in zwei deutschen Staaten, und normale Beziehungen zwischen den Deutschen erfordern normale Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten. Daraus ziehen wir die Schlußfolgerung: Trotz des Bestehens zweier deutscher Staaten mit völlig unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen ist eine friedliche Koexistenz nötig und möglich, um allmählich zu einem friedlichen Zusammenleben der beiden deutschen Staaten zu gelangen.

Von diesem realistischen Standpunkt aus hat der VII. Parteitag der SED vorgeschlagen, direkte Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, und dem westdeutschen Bundeskanzler, Dr. Kiesinger, aufzunehmen. Am 10. Mai 1967 hat die Regierung der DDR diese Anregung aufgegriffen und in einem Brief ihres Vorsitzenden dem westdeutschen Bundeskanzler vorgeschlagen, über folgende Fragen in sachliche, gleichberechtigte Verhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik einzutreten :

Aufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ;
Verzicht beider deutscher Staaten auf die Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen;

Anerkennung der gegenwärtig bestehenden Grenzen in Europa, insbesondere der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten;